Beschlüsse zur Neuordnung des medizinischen Studiums.

Von J. Schwalbe.

(Schluß aus Nr. 31.)

Für das **klinische Studium** hält der Fakultätentag, wie schon im Eingang des Aufsatzes bemerkt worden ist, eine Verbesserung der praktischen Ausbildung für notwendig. An die Stelle des praktischen Jahres soll während der klinischen Semester eine geordnete praktische Tätigkeit treten, deren Ableistung durch **Bescheinigung** zu erweisen ist (**Zwangsfamulieren**). Diese Tätigkeit soll nach dem Beschluß der überwiegenden Mehrheit der Fakultätsvertreter in den Ferien abgeleistet werden. Für die Famuluszeit sollen auch die größeren Krankenhäuser und Entbindungsanstalten herangezogen werden. Den Famuli soll ein besonderer seminaristischer Unterricht erteilt werden. Die zur Uebernahme von Famuli berechtigten Krankenhäuser sollen in dreijährigen Zwischenräumen vom Ministerium im Einverständnis mit der Landes- (Provinz-) Fakultät bestimmt werden. Wenn während des Semesters famuliert wird, so sollen die an Universitätskliniken tätigen Famuli während dieser Zeit keine obligatorischen Vorlesungen belegen dürfen¹⁾. Der Unterricht soll nach der Ansicht der Mehrheit der Abstimmenden (11:6; 6 enthielten sich der

¹⁾ Die Züricher Fakultät fordert dagegen ausschließlich die vermehrte Gelegenheit zu praktischer Betätigung in Form von obligatorischem Hilfsdienst während der späteren Semester in bestimmten Kliniken und Krankenhäusern.

Stimme) von Fakultätsvertretern entgeltlich erteilt werden. Die Mehrheit entscheidet sich dafür, daß von der Famuluszeit 4 Monate für die Innere Medizin, 3 Monate für die Chirurgie, 3 Monate für die Gynäkologie und Geburtshilfe verwandt werden. Eine Tätigkeit von 1 bis 2 Monaten in einem Kinderkrankenhaus soll auf den Abschnitt Innere Medizin angerechnet werden dürfen.

Die Mehrheit ist für die Beibehaltung der Praktikantenscheine, und zwar 2 für die Innere Medizin, 2 für die Chirurgie, 2 für die Frauenheilkunde, je 1 für Augenheilkunde, Ohrenheilkunde, Psychiatrie, Kinderheilkunde, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Medizinische Poliklinik. Die Mehrheit spricht sich ferner dafür aus, daß nicht nur für die Kliniken, sondern auch für die Pflichtvorlesungen und Praktika Nachweise zu erbringen sind.

Bezüglich neu aufzunehmender Unterrichtsfächer beschließt der Fakultätentag zunächst allgemein, daß mit der Einrichtung neuer Unterrichtsfächer keine neuen Prüfungsfächer geschaffen werden sollen. Die für nötig erkannten (lehrplanmäßigen) neuen Vorlesungen sollen aber im Lehrplan so berücksichtigt werden, daß sie mit anderen lehrplanmäßigen Vorlesungen nicht kollidieren. Ein eigener Lehrstuhl für Röntgenstrahlenkunde soll nicht als klinisches Fach entwickelt werden, vielmehr sollen ausschließlich lehrplanmäßige und theoretische Röntgenphysik und Röntgentechnik beibehalten werden. Für die Einführung der **Pathologischen Physiologie** als lehrplanmäßiger Vorlesung spricht sich eine schwache Mehrheit aus. Die Einführung der **physikalischen Therapie** als lehrplanmäßiger Vorlesung wird einstimmig beschlossen. Die **Soziale Hygiene** als selbständiges Fach lehnt die Mehrheit ab.²⁾ Dagegen soll eine Vorlesung über **Soziale Medizin einschließlich Versicherungsmedizin und Aerztlicher Standeskunde** lehrplanmäßig und obligatorisch werden. Ein besonderes Kolleg über **Geschichte der Medizin** wird nahezu einstimmig für notwendig erklärt³⁾.

Die Bearbeitung eines **gemeinsamen Studienplanes für alle deutschen Universitäten** hält der Fakultätentag für wünschenswert, doch wird betont, daß die Ausführung in der Praxis auf große Schwierigkeiten stoßen dürfte. Zur Zeit wird die Ausarbeitung eines Studienplanes wegen der Unsicherheit, wieviel Semester als Dauer des Studiums endgültig festgesetzt werden, nicht für möglich gehalten. (Ich betone diesen Umstand besonders, weil mir von verschiedenen Seiten [so besonders von B. Fischer] daraus, daß ich in meinem Eisenacher Referat von der Aufstellung eines Lehrplanes abgesehen habe, ein schwerer Vorwurf gemacht worden ist.)

Der Berliner Ausschuß hält eine stärkere Ausbildung in den Hauptfächern für wesentlich, in den Spezialfächern soll der Student nur soviel lernen, als er für die allgemeine Praxis braucht⁴⁾. (Merkwürdigerweise werden dabei nur die Untersuchungsmethoden, dagegen nicht die Behandlungsmethoden als eiforderlich bezeichnet.) Die Methode des klinischen Unterrichts soll durch praktische seminaristische Uebungen und Zwangsfamulaturen ergänzt werden, für welche alle geeigneten Krankenanstalten herangezogen werden können.

Der Berliner Ausschuß hält grundsätzlich vor dem Besuch der Kliniken (im Einklang mit meiner Forderung) eine propädeutische Ausbildung⁵⁾ für notwendig. In gleicher Weise wie ich verlegt er in das 1. klinische Semester die Vorlesungen über Allgemeine Pathologie, Bakteriologie, Auskultations- und Perkussionskurs, Arzneimittellehre, Röntgenkunde, Besuch propädeutischer Kliniken. Für die späteren Semester stellt er die Forderung auf: Gründliche Ausbildung in den Hauptfächern, Grundzüge der Spezialfächer, praktische Tätigkeit in Gestalt von Zwangsfamulaturen als Hauspraktikanten, und zwar für Innere Medizin und Kinderheilkunde 4 Monate, für Chirurgie und Frauenheilkunde je 2–3 Monate. Dieser praktische Dienst soll teils in einem dafür zu reservierenden Semester, teils in den Ferien abgeleistet werden. Während der letzten Semester soll Soziale Medizin und Aerztliche Rechtskunde gehört werden.

Die Freiburger Kommission hält, wie oben bemerkt, an der Ausstellung von Praktikantenscheinen fest, doch soll sich das Praktizieren nicht auf die klinischen Stunden beschränken. Den Unterricht erteilen nur die Universitätslehrer, die ebenso allein die Berechtigung zur Ausstellung von Praktikantenscheinen haben. Für die einzelnen Fächer hat die Kommission Mindestanforderungen aufgestellt, die ich aber schon des Raummangels wegen nicht wiedergeben kann. Als neue Vorlesungen werden aufgestellt: Röntgenologie und Geschichte der Medizin. An Praktikantenscheinen werden für die Zulassung zum Staatsexamen gefordert für die Innere Medizin 3, je 1 für propädeutische Innere Klinik und Poliklinik, für Chirurgie 2 über Klinik, 1 über propädeutische Klinik, für Frauenheilkunde 3 über Klinik, 1 über 10 klinische Geburten, für Augenheilkunde und Haut- und Geschlechtskrankheiten je 2, für Nasen-, Ohren-, Kinderkrankheiten, Psychiatrie je 1, für Hygiene je 1 über Impftechnik und bakteriologischen Kurs,

²⁾ Entgegen dieser Entscheidung ist soeben an der Berliner Fakultät sogar ein Ordinariat für Soziale Hygiene (im Einverständnis mit Geh.-Rat Flügge), in Breslau ein Extraordinariat errichtet worden. — ³⁾ Die Züricher Fakultät verlangt: Die Geschichte der Medizin und die ärztliche Ethik sind im Unterricht mehr als bisher zu berücksichtigen (aber keine obligatorischen Vorlesungen). — ⁴⁾ Ich möchte hervorheben, daß auch ich ausdrücklich nichts anderes verlangt habe und daß andere Auffassungen auf Mißverständnissen beruhen. Die in meinem „Propädeutischen Hauptabschnitt“ zusammengefaßten Vorlesungen und Kurse bedeuten keine Vermehrung des Unterrichtsstoffes, weder nach der Zahl noch nach dem Inhalt der Lehrgegenstände, und am allerwenigsten eine stärkere spezialfachmännische Ausbildung der Studierenden als für den Allgemeinpraktiker meines Erachtens nötig ist.

für Pathologie 1 über Sektionskurs. Die Kommission fordert ähnlich wie der Fakultätentag eine Ausgleichung der Vorlesungsverzeichnisse an allen Universitäten in denjenigen Vorlesungen, die in dem Vorschlage als Mindestmaß angegeben sind. Dadurch sei allein ein gleichzeitiger Studienaufbau, der unbedingt notwendig sei, zu ermöglichen. Die Kommission empfiehlt ferner die Einführung von „Laufbüchern“, die den Studiengang regeln sollen. Hierdurch werde einem wahllosen Aufbau des Studiums vorgebeugt. Durch eine solche Kontrolle soll verhindert werden, daß beispielsweise die Kliniken vor den vorbereitenden Kursen und Vorlesungen gehört werden können. (Diese Forderung entspricht der oben angeführten des Berliner Ausschusses und schließt sich, wie bemerkt, grundsätzlich an mein Referat an.)

Der Fakultätentag, ebenso wie die Freiburger Kommission halten einen einheitlichen Anfang des Studiums, entweder zum Sommer- oder zum Wintersemester, für dringend erwünscht und als Vorbedingung hierfür einen einheitlichen Termin für den Abgang der Schüler von den höheren Schulen (zum Unterschied von dem bisherigen Verhältnis, wo die Mediziner Ostern und Michaelis zu den Universitäten kommen und dadurch „ein Nebeneinander von zwei verschiedenen Anforderungen an die Erteilung des Unterrichts geschaffen wird, das jeden Versuch, einen einheitlichen Gesichtspunkt in die Aufeinanderfolge der Vorlesungen zu bringen, im Keime erstickt“).

Soweit die Beschlüsse der 3 Körperschaften bezüglich des Studiums selbst. Da dessen Regelung in enger Beziehung zu den Prüfungen steht, so will ich kurz noch die Neuordnung berühren, die von den 3 Körperschaften für das Prüfungswesen selbst vorgeschlagen wird.

Bezüglich einer Teilung der Vorprüfung haben sich die gleichen Stimmen der Fakultäten dafür und dagegen ausgesprochen. Von den Befürwortern der Teilung stimmt die überwiegende Mehrzahl dafür, daß der naturwissenschaftliche Teil am Ende des 2. oder Anfang des 3. Semesters abgelegt wird. Die Mehrheit stimmt gegen die Abhaltung der Vorprüfung als Kollegialprüfung (d. h. einer Prüfung, bei der mindestens zwei Examinatoren ein Kollegium bilden, das über jeden Prüfling gemeinsam beschließt). Bei Wiederholung der Vorprüfung soll sie als Kollegialexamen abgehalten werden. Die Mehrheit stimmt dafür, daß die Vorprüfung nur einmal wiederholt werden darf.

Bezüglich der ärztlichen Prüfung ist die Mehrheit gegen eine Sonderprüfung in Gerichtlicher Medizin (die Gerichtliche Medizin soll aber Pflichtvorlesung bleiben). Die Mehrheit entschließt sich dafür, daß Anatomie und Topographische Anatomie von den Fachvertretern geprüft werden soll.

Bezüglich der Frage, ob die Psychologie von den Fachvertretern geprüft werden soll, ergibt sich die gleiche Stimmenzahl dafür und dagegen. Hinsichtlich der Kollegialprüfung ist keine sichere Entscheidung festgestellt worden. Bei der Wiederholungsprüfung dagegen sind alle Stimmen für eine Kollegialprüfung. Einstimmig wird ferner beschlossen, daß die einzelne Prüfung zeitlich abgekürzt wird.

Der Berliner Ausschuss lehnt eine Kollegialprüfung im Sinne einer gleichzeitigen Prüfung in mehreren Fächern ab; dagegen wird eine gleichzeitige Prüfung durch mehrere Prüfer desselben Faches (also die Kollegialprüfung im Sinne des Fakultätentages) empfohlen. Für eine Mitwirkung praktischer Aerzte an der Prüfung ist nach der Ansicht des Ausschusses bisher eine zweckmäßige Form nicht gefunden worden.

Die Freiburger Kommission hat von der Erörterung von Einzelfragen Abstand genommen. Bestimmt wurde nur, daß die Prüfungen lediglich einmal wiederholt werden dürfen. Praktische Aerzte sollen als Examinatoren nicht herangezogen werden. Die Kollegialprüfung hält sie für erforderlich, eine Gesamtzensur soll beibehalten werden¹⁾.

Für das **Doktorexamen** beschließt der Fakultätentag einstimmig, daß die Erlangung des medizinischen Doktorgrades, wie bisher, von der selbständigen Anfertigung einer wissenschaftlichen medizinischen Arbeit abhängig sein soll. Die Anforderungen an die Arbeit sind möglichst zu steigern. Die Mehrheit entscheidet sich dafür, daß die Dissertation bis auf weiteres nicht gedruckt werden soll. Wenn eine Drucklegung erfolgen soll, soll nur ein Referat gedruckt, das Original aufbewahrt werden. Das mündliche Examen soll nach der überwiegenden Mehrheit (15:7, bei 1 Stimmenthaltung) beibehalten werden.

Der Berliner Ausschuss tritt ebenfalls für die Beibehaltung einer Doktorprüfung und der Anfertigung einer Dissertation, an welche ein strengerer Maßstab anzulegen sei, ein.

Auch nach der Freiburger Kommission soll der wissenschaftliche Wert der Dissertation gesteigert werden. Gedruckt werden sollen nur die Dissertationen, die mindestens mit „gut“ zensiert sind. Bezüglich der anderen faßt sie einen ähnlichen Beschluß wie der Fakultätentag; die mündliche Prüfung soll fortfallen.

¹⁾ Die Züricher Fakultät fordert Vereinfachung des Prüfungswesens durch Weglassen der ausschließlichen Klausurarbeiten und durch Verknüpfung der praktischen und der mündlichen Prüfungen.

Schließlich soll noch erwähnt werden, daß der Fakultätentag gegen die Errichtung von medizinischen Fachschulen mit den Rechten von Fakultäten und mit der Ermächtigung zur Abhaltung von Prüfungen Verwahrung eingelegt hat. Dagegen will der Fakultätentag Vorschläge einreichen, wie größere Krankenhäuser und Ambulatorien zur praktischen Ausbildung von Medizinstudierenden herangezogen werden können.

Uebersieht man die Ergebnisse, zu denen die 3 Körperschaften gelangt sind, so kommt man zu der erfreulichen Feststellung, daß in vielen wesentlichen Punkten eine Uebereinstimmung vorhanden ist, in anderen bei den weiteren Verhandlungen eine Einigung unschwer erreicht werden dürfte. Der stärkste Kampf wird sich um das praktische Jahr entspinnen: hier werden hoffentlich alle Vertreter der Praktiker geschlossen für die Aufrechterhaltung einer Vorschrift sein, die grundsätzlich als einwandfrei angesehen werden kann und deren richtige Durchführung in kaum zweifelhafter Weise das Können und Wissen der angehenden Aerzte erheblich „in ihrem eigenen Interesse und im Interesse des Gemeinwohls“ (s. S. 863) zu stärken vermag. Bedenkt man, daß die Mehrheit des Fakultätentags, die für die völlige Aufhebung des praktischen Jahres eintrat, nur sehr gering war (12:10) und daß manches Mitglied der Mehrheit unter dem Einfluß des fehlerhaft aufgefaßten Aertztagsbeschlusses gestimmt haben dürfte, so ist die Hoffnung nicht ungerechtfertigt, daß auch in diesem bedeutungsvollen Punkte des Programms das richtige Ziel gewonnen werden wird.

Für Ende Oktober ist eine Vorverhandlung zwischen den Vertretern der Fakultäten und des Aertzvereinsbundes angesetzt. Vorher wird eine Verhandlung der Referenten der beteiligten Ministerien über einen Fragebogen stattfinden, der auf Grund der Eisenacher und Halleschen Beratungen abgefaßt ist. Dabei werden vielleicht schon die Meinungsäußerungen verwertet werden können, die von den zuständigen Abteilungen der Bundesregierungen eingeholt worden sind. Nach Abschluß dieser Vorarbeiten wird wohl eine nähere Bestimmung über die vom Aertztag geforderte gemischte Kommission und den Zeitpunkt ihrer Tagung getroffen werden.